



Bern, 18. Oktober 2024

IGöV Schweiz fordert deutlich höhere Mittel für nachhaltigen Regionalverkehr

Die Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr (IGöV) Schweiz hat heute ihre Stellungnahme zur Vernehmlassung zum Verpflichtungskredit für den regionalen Personenverkehr (RPV) 2026–2028 eingereicht. Die IGöV fordert eine Erhöhung des Kredits um mindestens 250 Millionen Franken, um die strategischen Ziele des Bundes im öffentlichen Verkehr zu erreichen.

Die IGöV kritisiert die geplante minimale Erhöhung des Kredits um lediglich 61 Millionen Franken als unzureichend, um die steigenden Kosten durch Angebotsausbauten, Rollmaterial-Investitionen und die Dekarbonisierung des Regionalverkehrs zu decken. Sie weist darauf hin, dass der Bund den öffentlichen Verkehr stärken und die Klimaziele umsetzen will, aber die dafür notwendigen Mittel nicht ausreichend zur Verfügung stellt. Um die «Perspektive Bahn 2050» zu verwirklichen und den öffentlichen Verkehr attraktiver zu gestalten, müsse der Verpflichtungskredit an die realen Kosten angepasst werden.

Konkret fordert die IGöV Schweiz:

- 1. Erhöhung des Verpflichtungskredits um mindestens 250 Millionen Franken**
- 2. Berücksichtigung der Teuerung auf den Gesamtkosten**
- 3. Überarbeitung der Methodik zur Berechnung von Überangeboten**

Detaillierte Informationen finden Sie in der beigefügten Stellungnahme.

Für weitere Informationen oder Anfragen kontaktieren Sie bitte:

Florence Brenzikofer, Präsidentin, Tel. 079 797 48 69

Christoph Wydler, Vizepräsident, Tel. 079 602 85 07

Die IGöV besteht aus neun regionalen Sektionen mit 1'150 Mitgliedern. Sie setzt sich in Politik und Öffentlichkeit für einen qualitativ hochstehenden öffentlichen Verkehr ein und trägt damit wesentlich zu einer klima- und menschenfreundlichen Mobilität bei.